

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N^o 13.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 5317.

Hannover,
Sonnabend, 20. Juni 1896.

Inserate kosten pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion u. Verlag: Schmiedestr. 15.

5. Jahrg.

Kollegen! Gedenket Eurer im Kampfe sich befindenden Verbandsgenossen! Thue Jeder seine Pflicht!

Bekanntmachung.

Auf Beschluß des Vorstandes und gemäß der im Statut unter § 18, al. 8-10 gegebenen Bestimmungen wird der dritte ordentliche Verbandstag nach **Harburg** auf Sonntag, den 2. August, Nachmittags 4 Uhr, einzuberufen.

Tagesordnung:

1. a) Bericht des Vorsitzenden, b) Bericht des Kassirers, c) Bericht des Ausschusses, d) Bericht der Prekommission.
2. Stellungnahme zu den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses.
3. Statutenberathung.
4. Allgemeine Anträge.
5. Wahl des Ortes für den Sitz des Verbandes.
6. Wahl des Vorstandes und Ausschusses.

Die Wahlkreiseintheilung erfolgte auf Grundlage der in Nummer 6 des „Proletarier“ veröffentlichten Quartalsabrechnung, resp. der von den Zahlstellen in dieser Abrechnung angegebenen Mitgliederzahl und auf Grund eines auf dem Verbandstag zu Braunschweig gefaßten Beschlusses, demzufolge bei Eintheilung der Wahlkreise die geographische Lage der Zahlstellen derart berücksichtigt werden soll, daß, so weit thunlich, die zusammenliegenden Zahlstellen zu einem Wahlkreis vereinigt werden sollen. Zahlstellen, welche bis zur Veröffentlichung der Einberufung noch nicht endgültig gegründet waren, können an der Wahl nicht theilnehmen. Die Wahlkreise sind gebildet wie folgt:

1. Wahlkreis: Hannover. 1 Delegirter.
2. " Nienburg, Hameln, Wildesheim, Kleefeld, Nienburg, Celle. 1 Delegirter.
3. " Beine, Braunschweig, Helmstedt, Schöningen, Utenburg, Danzig, Blumenau, Hirschberg. 1 Deleg.
4. " Halberstadt, Uthmannsdorfer, Naumburg, Dessau, Bernburg. 1 Deleg.
5. " Cassel, Kellstedt, Herford, Bielefeld, Düsseldorf, Köln, Selbecke, Haspe, Hagen, Mainz, Kostheim, Kassel. 1 Deleg.
6. " Frankfurt a. M., Bockenheim, Feschenheim, Hanau, Mülheim. 1 Deleg.
7. " Offenbach, Hainstadt, Bürgel, Darmstadt, Ludwigschafen, Speyer, München. 1 Deleg.
8. " Wilhelmshagen, Lüneburg, Delmenhorst, Hemelingen, Lüneb. 1 Deleg.
9. " Harburg. 2 Deleg.
10. " Hamburg, Rothenburgsort, Hamm, Eilbeck. 1 Deleg.
11. " Altona-Öttenfen. 1 Deleg.
12. " Barmbeck. 1 Deleg.
13. " Bergedorf-Wedel. 1 Deleg.
14. " Wandsh. 1 Deleg.
15. " Billwärder, Winterhude-Eppendorf, Stellingen-Dangenhöfen, Schiffbek, Pinneberg. 1 Deleg.
16. " Izhoe, Lägerdorf, Glückstadt, Cuxhafen, Uetersen, Brunsbüttel. 1 Deleg.
17. " Borchy, Elmshorn, Kellinghusen, Neumünster, Hendsburg, Sonderburg, Stade, Warstade. 1 Deleg.

Die Wahlen der Delegirten sind **sofort vorzunehmen** und zwar in einer dazu anzuberaumenden Mitglieder-Versammlung. — Die Wahl geschieht durch Stimmzettel.

Zur Leitung dieser Wahl ist in derselben Mitglieder-Versammlung eine Wahlkommission zu bilden.

Für den Fall, daß eine Zahlstelle mehrere Delegirte zu wählen hat, ist jeder derselben in einem besonderen Wahlgange zu wählen. Im Falle einer Stichwahl ist diese sofort vorzunehmen, bevor in eine folgende Wahl eingetreten wird.

Als gewählt ist derjenige zu betrachten, welcher mindestens eine Stimme mehr wie seine Gegenkandidaten zusammen auf sich vereinigt.

Jedes Mitglied darf bei jeder einzelnen Wahlhandlung nur einen Stimmzettel abgeben.

Die Mitgliedsbücher sind in dieser Versammlung vorzuzeigen.

Mitglieder, welche sich an Orten befinden, wo keine Zahlstelle ist, haben bei der Delegirtenwahl ihren Stimmzettel im Kouvert an den Unterzeichneten einzusenden.

Eine große Anzahl von Zahlstellen steht mit Einbringung der Wahlprotokolle noch aus! Diejenigen Protokolle, welche nach Erscheinen dieser Nummer nicht **sofort** eingekandt werden, können keine Berücksichtigung mehr finden!

Die von den Mitgliedern und den Zahlstellen an den Verbandstag zu stellenden Anträge sind bis zum 15. Juli, um die Veröffentlichung und den Druck zu ermöglichen, an den Unterzeichneten zu senden.

Kolleginnen! Kollegen! Benutzt die Zeit bis zum Zusammentreten des Verbandstages zu fleißiger Berathung! Jeder Kollege muß mitarbeiten, es gilt die Ausbahrung unserer Organisation. Diese stärker und stärker zu machen, muß das Streben jedes Kollegen sein! Hoch unsere Organisation!

Mit kollegialem Gruß!

Für den Vorstand: **August Breh.**

Vom Kampffelde der ungelerten Arbeiter

Können wir heute eine Nachricht bringen, welche die Kollegen allerorts mit hoher Freude erfüllen wird. Die gegen die Firma **Gaisler & Co.** kämpfenden Kollegen haben gesiegt! Am 6. Juni wurde nach achtwöchentlichem, schwerem Kampfe der Friede zwischen beiden Parteien geschlossen und die Forderungen unserer Kollegen bewilligt. Der gewonnene Sieg gewinnt um so mehr an Bedeutung, wenn man sich vergegenwärtigt, daß alle den Arbeitern ungünstige Umstände in den Weg traten und überwunden werden mußten, als da sind: eine starke Zufuhr von fremden Arbeitskräften, das hierdurch verursachte Eingreifen der Behörden, um unter den fremden eingewanderten Arbeitern die Ordnung aufrecht zu erhalten, und ein Gegner, eben so stark an wirtschaftlicher Macht als an dem Willen, nicht nachzugeben. Auf Seiten der Arbeiter war die öffentliche Meinung und eine gute Organisation, welche alle Schwierigkeiten überwand.

Nun gilt es, das Errungene festzuhalten! Mit Hilfe der Organisation haben unsere wackeren Harburger Kollegen zwei Arbeitseinstellungen siegreich beendet; in vier Fällen auf dem Wege freier Vereinbarung den in Frage kommenden Arbeitern ihre Lage verbessert.

Bedarf es noch mehr Beweise, daß eine Organisation für die Arbeiter etwas Erringen kann, wenn sie über eine große Zahl von Kämpfern verfügt? Die Kollegen, welche unter der Fahne Solidarität die Siege erringen haben, sie werden derselben weiter folgen zu neuen Siegen!

Der zweite Kongress der Gewerkschaften Deutschlands

vom 4. bis 8. Mai 1896 in Berlin.

(Schluß.)

Bömelburg-Hamburg nimmt die Redaktion des „Grundstein“ gegen die Vorwürfe des Genossen v. Elm in Schutz. Wenn sich v. Elm so eingehend mit den Artikeln beschäftigen wollte, so hätte er auch hier allen Delegirten den „Grundstein“ zugänglich machen sollen. Die Kritik hielt sich in anständigen Grenzen, als Beweis gilt, daß die „Metallarbeiterzeitung“ beide Artikel wörtlich abgedruckt hat. Uebrigens enthalten die Artikel nicht nur die Meinung des Redakteurs, sondern des Vorstandes der Maurergewerkschaft. v. Elm habe die Buchdruckerorganisation wieder als Paradedeser vorgeritten. Die Verhältnisse im Buchdruckerhandwerk liegen aber doch viel günstiger als z. B. im Maurergewerbe. Was soll also t_u Invergleichziehen? Die Maurer müssen die Konjunktur ausnützen und oft in den Streik gehen, wenn auch die Organisation nicht so stark ist. Die Opposition gegen den Streiffonds ist aus sekundären Rücksichten bei dem jetzigen Stande der Gewerkschaftsbewegung vollständig berechtigt. Die Bewegung würde nur geschädigt werden.

Massini-Berlin bedauert, daß es noch nicht möglich sei, die geplante Streikunterstützung zur allgemeinen Einführung zu bringen.

Simson-Berlin hält die Idee des Streiffonds für un durchführbar. Die Parteireue könnten keine höheren Beiträge aufbringen.

Bringmann-Hamburg: Elm's Rede war im Wesentlichen eine Polemik gegen Zeitungsstimmen. Schließlich wird sich überhaupt kein Wort mehr finden, das über Gewerkschaftsangelegenheiten schreibt. Ueber die Gewerkschaftsbewegung ist wenig gesprochen worden. Auf den Stand der englischen Gewerkschaften werden wir niemals kommen. Die Organisation ist bei uns nur ein Theil der Gewerkschaftsbewegung. Wir streben darnach, daß wir Organisation und Gewerkschaftsbewegung identifizieren können. Ehe wir aber so weit sind, lassen Sie um Gottes Willen den Streiffonds. Mit einem solchen Streiffonds bricht man den Organisationen auf Jahre hinaus den Hals.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Das Schluswort erhält

v. Elm-Hamburg: Die Debatte hat gezeigt, daß ein Verstandniß für den Streiffonds bei den einzelnen Gewerkschaften noch nicht vorhanden ist und geht dann auf die Versicherungen der einzelnen Redner näher ein. Die laze Auffassung gegenüber dem Streikbrechertum mußte einer schärferen weichen, das Streikbrechertum energischer wie bisher bekämpft werden. Am meisten streikten die nichtorganisirten, am wenigsten die organisirten Arbeiter. Das viele Streiken würde bei Stärkung der Organisation bald aufhören. Der Redakteur des „Grundstein“ habe mit direktem Unwahrscheinlichen operirt und gegen diese ungeschöne Art der Kritik, die demagogisch sei, habe er sich gewandt. (Der Vorsitzende rügt den Ausdruck demagogisch gegen den abwesenden Redakteur des „Grundstein“.) Daß der Vorschlag der Generalkommission hier nicht die Mehrheit erlangen würde, war voraussichtlich, die Generalkommission hielt es aber für notwendig, diese Frage hier zu erörtern. Der Antrag sei einer von den Wägeln, die unter allen Umständen wiederzukommen.

Zur Abstimmung, die eine namentliche ist, wird § 1 des Vorschlags der Generalkommission gestellt:

Zur Unterstützung der Streiks wird ein Streikreservefonds gebildet, dessen Verwaltung die Generalkommission, getrennt von ihren sonstigen Einnahmen, zu führen hat.

§ 1 wird mit 107 Stimmen gegen 18 Stimmen abgelehnt, 13 Delegirte fehlten bei der Abstimmung.

Damit wird der ganze Vorschlag der Generalkommission als abgelehnt betrachtet.

Angenommen wird hierauf ein Antrag des Verbandes der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Celle): Bei Streiks sind sämtliche Sammelstellen von dem am Streikorte bestehenden Gewerkschaftskartell zu stampeln.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Döblin-Berlin erstattet hierauf Namens der Redaktionskommission Bericht. Er schlägt ein Statut für die Spitze der Gewerkschaften vor, das sehr umfangreich ist, in der Hauptsache sich aber von dem alten Statut der Generalkommission nur insofern unterscheidet, als in dem neuen Statut statt der Bezeichnung „Generalkommission“ die Bezeichnung „Gewerkschaftsausschuh“ gewählt ist. An die Stelle der bisherigen sieben Mitglieder der Generalkommission sollen künftig fünf Mitglieder des Gewerkschaftsausschusses treten, denen zur Unterstützung von den Zentralvorständen der Gewerkschaften, die am Sitz des Ausschusses eine Verwaltungsstelle haben und regelmäßig an den Ausschuh Beiträge zahlen, je ein Vertreter beigegeben wird. Der Beitrag der einzelnen Gewerkschaften wird von 5 Pfennige auf 3 (drei) Pfennige pro Quartal und Mitglied herabgesetzt. Wichtige kurze Publikationen sollen im „Correspondenz für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ zwecks Weiterverbreitung durch sämtliche Gewerkschaftskartelle veröffentlicht werden. Dem Ausschuh steht das Recht zu, ein nach Bedarf erscheinendes Publikationsorgan herauszugeben. Die Gewerkschaftskongresse sollen nach Bedarf, mindestens aber alle drei Jahre einberufen werden. Zur Theilnahme an den Kongressen sind sämtliche Zentralorganisationen und solche Lokalorganisationen berechtigt, die verhindert sind, sich zentral zu organisieren. Die Delegirtenzahl soll thunlichst beschränkt werden, für je 3000 Mitglieder soll ein Delegirter gewählt werden. Keine Gewerkschaft soll mehr wie sechs Delegirte, keine Gewerkschaft einen Delegirten wählen. Wichtige Anträge sollen durch die Zahl der durch die Delegirten vertretenen Mitglieder entschieden werden.

Ueber den Antrag der Kommission wird abschließend abgestimmt.

Die Bezeichnung Gewerkschaftsausschuh wird mit Stimmen-gleichheit (56 gegen 56) abgelehnt. Es bleibt bei der Bezeichnung Generalkommission.

Die Zahl der Mitglieder der Generalkommission wird auf fünf festgesetzt.

Es wird ferner beschlossen:
Zur Unterstützung der Gewerkschaften, die regelmäßig Beiträge an den Ausschuh zahlen, je ein Vertreter ernannt. Die Zustimmung dieser Vertreter zu den Verhandlungen der Generalkommission hat nach Bedarf, mindestens aber vierteljährlich einmal zu erfolgen. Am Anfang einer Geschäftsperiode der Generalkommission sind in einer gemeinsamen Sitzung eine Geschäftsordnung für die Generalkommission, die Verteilung der Aemter und eventuelle Beschlüsse und Remunerationen festzusetzen. Auch die berechtigigten Lokalorganisationen haben Stimme in der oben bezeichneten Vertretung.

Der Vorsitzende theilt noch mit, daß die Berliner Buchdrucker-Hilfsarbeiter in den Ausstand eingetreten sind, weil ihre Forderung, der Reinstudententag, nicht bewilligt worden ist, und schließt darauf die Sitzung.

Donnerstags-Sitzung.

Die Berathung des Antrages der Redaktionskommission, welche die Aufgaben der Generalkommission festgesetzt hat, wird fortgesetzt. Die einzelnen Punkte des Antrages (Agitation, Sta-

...Publikationen, Abgabe der internationalen Beziehung, Einberufung der Kongresse, Beitragspflicht der einzelnen Gewerkschaften) werden gefordert diskutiert und gelangen einzeln zur Abstimmung.

Es wird beschlossen:

- 1) Die Aufgaben der Generalkommission sind:
a) Die gewerkschaftliche Agitation, namentlich in denjenigen Gegenden, Industrien und Berufen, deren Arbeiter nicht oder nicht genügend organisiert sind, zu fördern und den Zusammenschluß der kleinen Verbände und Lokalorganisationen zu Industrieverbänden anzuregen.
b) Die von den Gewerkschaften aufgenommenen Statistiken, soweit sie allgemeines Interesse haben, zusammenzustellen und solche über Löhne, Zulagen und Entlohnung der Gewerkschaften, sowie solche über künftige Streiks selbstständig aufzunehmen.

3. Das "Kongressprogramm" erscheint in der bisherigen Weise. Es soll von den Verbänden der Gewerkschaften, den Komitees der Gewerkschaften, den Komitees der Agitationskommissionen und der Parteipresse möglichst verbreitet werden. Die Publikationen sollen allen Gewerkschaften kostenlos zur Verfügung stehen.

4. Die Generalkommission hat internationale Beziehungen zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

5. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

6. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

7. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

8. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

9. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

10. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

11. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

12. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

13. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

14. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

15. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

16. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

17. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

18. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

19. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

20. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

21. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

22. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

23. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

24. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

25. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

26. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

27. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

28. Die Generalkommission hat die Aufgabe, die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

Reber-Nürnberg und Eisinger-Nürnberg, die jetzt so heftig opponieren, kein Wort gegen die Forderung einzuwenden gehabt haben. Im Interesse einer Einigung empfehle er aber, den Wünschen der beiden großen Organisationen Rechnung zu tragen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Antrag Bringmann auf Streichung des Passus von den Industrieverbänden wird mit 56 gegen 52 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Leipart-Maffini auf Streichung des Passus: "Mehr wie sechs Delegierte darf eine Organisation nicht entsenden", wird mit 70 gegen 29 Stimmen angenommen.

Die Delegierten und Metallarbeiter erklären, jetzt für die Vorlage zu stimmen, die dadurch fast einstimmig zur Annahme gelangt.

Freitags-Sitzung

Der Kongress tritt in die Beratung über die Frage der Arbeitslosenunterstützung.

Schleier-Vorlag beantwortet als Merkmal die Arbeitslosenunterstützung als wichtiges Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Erst mit der Arbeitslosenunterstützung werde der Arbeiter in das volle Äquivalent für ihre Verrichtung gewährt. Es werde durch die Arbeitslosenunterstützung ein Wechsel unter den Mitgliedern herbeigeführt, die Organisationen werde ein höheres Niveau von Wirtschaftlichkeit erreichen. Es seien jetzt drei Typen von Arbeitslosenunterstützung vorhanden und die Frage sei, welche nach den Verhältnissen die besten sei. Die drei Typen seien: 1. Die Unterstützung durch den Staat, 2. Die Unterstützung durch die Arbeitgeber, 3. Die Unterstützung durch die Arbeiter selbst.

Die Unterstützung durch den Staat sei die beste, weil sie die größte Sicherheit biete. Die Unterstützung durch die Arbeitgeber sei die zweitbeste, weil sie die größte Flexibilität biete. Die Unterstützung durch die Arbeiter selbst sei die schlechteste, weil sie die größte Unsicherheit biete.

Die Unterstützung durch den Staat sei die beste, weil sie die größte Sicherheit biete. Die Unterstützung durch die Arbeitgeber sei die zweitbeste, weil sie die größte Flexibilität biete. Die Unterstützung durch die Arbeiter selbst sei die schlechteste, weil sie die größte Unsicherheit biete.

Die Unterstützung durch den Staat sei die beste, weil sie die größte Sicherheit biete. Die Unterstützung durch die Arbeitgeber sei die zweitbeste, weil sie die größte Flexibilität biete. Die Unterstützung durch die Arbeiter selbst sei die schlechteste, weil sie die größte Unsicherheit biete.

Die Unterstützung durch den Staat sei die beste, weil sie die größte Sicherheit biete. Die Unterstützung durch die Arbeitgeber sei die zweitbeste, weil sie die größte Flexibilität biete. Die Unterstützung durch die Arbeiter selbst sei die schlechteste, weil sie die größte Unsicherheit biete.

Die Unterstützung durch den Staat sei die beste, weil sie die größte Sicherheit biete. Die Unterstützung durch die Arbeitgeber sei die zweitbeste, weil sie die größte Flexibilität biete. Die Unterstützung durch die Arbeiter selbst sei die schlechteste, weil sie die größte Unsicherheit biete.

Die Unterstützung durch den Staat sei die beste, weil sie die größte Sicherheit biete. Die Unterstützung durch die Arbeitgeber sei die zweitbeste, weil sie die größte Flexibilität biete. Die Unterstützung durch die Arbeiter selbst sei die schlechteste, weil sie die größte Unsicherheit biete.

Die Unterstützung durch den Staat sei die beste, weil sie die größte Sicherheit biete. Die Unterstützung durch die Arbeitgeber sei die zweitbeste, weil sie die größte Flexibilität biete. Die Unterstützung durch die Arbeiter selbst sei die schlechteste, weil sie die größte Unsicherheit biete.

Die Unterstützung durch den Staat sei die beste, weil sie die größte Sicherheit biete. Die Unterstützung durch die Arbeitgeber sei die zweitbeste, weil sie die größte Flexibilität biete. Die Unterstützung durch die Arbeiter selbst sei die schlechteste, weil sie die größte Unsicherheit biete.

Die Unterstützung durch den Staat sei die beste, weil sie die größte Sicherheit biete. Die Unterstützung durch die Arbeitgeber sei die zweitbeste, weil sie die größte Flexibilität biete. Die Unterstützung durch die Arbeiter selbst sei die schlechteste, weil sie die größte Unsicherheit biete.

Die Unterstützung durch den Staat sei die beste, weil sie die größte Sicherheit biete. Die Unterstützung durch die Arbeitgeber sei die zweitbeste, weil sie die größte Flexibilität biete. Die Unterstützung durch die Arbeiter selbst sei die schlechteste, weil sie die größte Unsicherheit biete.

Die Unterstützung durch den Staat sei die beste, weil sie die größte Sicherheit biete. Die Unterstützung durch die Arbeitgeber sei die zweitbeste, weil sie die größte Flexibilität biete. Die Unterstützung durch die Arbeiter selbst sei die schlechteste, weil sie die größte Unsicherheit biete.

Die Unterstützung durch den Staat sei die beste, weil sie die größte Sicherheit biete. Die Unterstützung durch die Arbeitgeber sei die zweitbeste, weil sie die größte Flexibilität biete. Die Unterstützung durch die Arbeiter selbst sei die schlechteste, weil sie die größte Unsicherheit biete.

Die Unterstützung durch den Staat sei die beste, weil sie die größte Sicherheit biete. Die Unterstützung durch die Arbeitgeber sei die zweitbeste, weil sie die größte Flexibilität biete. Die Unterstützung durch die Arbeiter selbst sei die schlechteste, weil sie die größte Unsicherheit biete.

Die Unterstützung durch den Staat sei die beste, weil sie die größte Sicherheit biete. Die Unterstützung durch die Arbeitgeber sei die zweitbeste, weil sie die größte Flexibilität biete. Die Unterstützung durch die Arbeiter selbst sei die schlechteste, weil sie die größte Unsicherheit biete.

Die Unterstützung durch den Staat sei die beste, weil sie die größte Sicherheit biete. Die Unterstützung durch die Arbeitgeber sei die zweitbeste, weil sie die größte Flexibilität biete. Die Unterstützung durch die Arbeiter selbst sei die schlechteste, weil sie die größte Unsicherheit biete.

Die Unterstützung durch den Staat sei die beste, weil sie die größte Sicherheit biete. Die Unterstützung durch die Arbeitgeber sei die zweitbeste, weil sie die größte Flexibilität biete. Die Unterstützung durch die Arbeiter selbst sei die schlechteste, weil sie die größte Unsicherheit biete.

Die Unterstützung durch den Staat sei die beste, weil sie die größte Sicherheit biete. Die Unterstützung durch die Arbeitgeber sei die zweitbeste, weil sie die größte Flexibilität biete. Die Unterstützung durch die Arbeiter selbst sei die schlechteste, weil sie die größte Unsicherheit biete.

Die Unterstützung durch den Staat sei die beste, weil sie die größte Sicherheit biete. Die Unterstützung durch die Arbeitgeber sei die zweitbeste, weil sie die größte Flexibilität biete. Die Unterstützung durch die Arbeiter selbst sei die schlechteste, weil sie die größte Unsicherheit biete.

Die Unterstützung durch den Staat sei die beste, weil sie die größte Sicherheit biete. Die Unterstützung durch die Arbeitgeber sei die zweitbeste, weil sie die größte Flexibilität biete. Die Unterstützung durch die Arbeiter selbst sei die schlechteste, weil sie die größte Unsicherheit biete.

Die Unterstützung durch den Staat sei die beste, weil sie die größte Sicherheit biete. Die Unterstützung durch die Arbeitgeber sei die zweitbeste, weil sie die größte Flexibilität biete. Die Unterstützung durch die Arbeiter selbst sei die schlechteste, weil sie die größte Unsicherheit biete.

Die Unterstützung durch den Staat sei die beste, weil sie die größte Sicherheit biete. Die Unterstützung durch die Arbeitgeber sei die zweitbeste, weil sie die größte Flexibilität biete. Die Unterstützung durch die Arbeiter selbst sei die schlechteste, weil sie die größte Unsicherheit biete.

...rungsmittel, denn diese wären sehr oft zu Kaffeekränzchen ausgeartet.

Fürk-Berlin begründet einen Antrag auf verstärkte Agitation unter den Handlungsgehilfen mit den elenden Verhältnissen unter den Verkäuferinnen.

In der weiteren Diskussion beklagen es verschiedene Redner, daß gar viele Parteigenossen sich nicht für die Frauenbewegung interessieren, teilweise auch den Emanzipationskommissionen, sondern auch die Gewerkschaftsvorstände sollten sich die Agitation unter den Frauen aneignen lassen.

Buchdrucker-Gilfsarbeiterin Frau Bielefeld hält es für am besten, wenn Arbeiterinnen aus den einzelnen Industriegruppen unter den dieser Industriegruppe angehörenden Arbeiterinnen agitieren.

Die Resolution der Frau Kühler zur Agitation unter den Arbeiterinnen wird angenommen. Der Antrag Fürk wird der Generalkommission zur Erwägung überwiesen.

Legien teilt mit, daß der Antrag der Kommission über die Aufgaben der Generalkommission in der nachträglich abgeänderten Form mit 112 Stimmen, die 213 102 Mitglieder repräsentieren, gegen 17 Stimmen mit 39 399 Mitgliedern angenommen worden ist. 10 Delegierte, die 1864 Mitglieder vertreten, fehlten bei der Abstimmung.

Als nächster Punkt der Tagesordnung: Die Arbeitsvermittlung als gewerkschaftliche und kommunale Einrichtung, über.

U. Elm-Damburg hält das Referat, das er mit einer Schilderung der Verhältnisse in Paris in Bezug auf die Arbeitsvermittlung einleitet, die das Ideal der Arbeiter aller anderen Länder sei. Er warnt vor allzu großem Vertrauen in die Staatshilfe. Seine Ausführungen gipfeln in einer ausführlichen Resolution, deren Inhalt hier mitgeteilt seien:

Grundsätzlich abzulehnen ist jede Erwägung der Möglichkeit einer gemeinsam geführten Arbeitsvermittlung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. Der Einfluß des Kapitals auf die Kommunalverwaltung ist heute noch ein so großer, daß bei allgemeiner Einrichtung kommunaler Arbeitsnachweise diese nur den Interessen des Kapitals dienen werden.

Es ist deshalb ein Irrtum, von der Einrichtung kommunaler Arbeitsnachweise eine Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes zu erwarten; bei eintretenden Lohnbifferenzen werden die kommunalen Arbeitsnachweise eine beständige Gefahr für die Arbeiter insofern bilden, als dieselben ihren Interessen entgegen gehandelt werden. Will der Staat oder die Kommune etwas für die Arbeitsvermittlung thun, so haben sie sich nach Ansicht der Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Deutschlands lediglich darauf zu beschränken, den Arbeitern die pekuniären Mittel hierfür zu gewähren, nach Art der auf internationaler Ebene zum Besten der Kaufmannschaft errichteten Handelsbörsen.

Für die Spezialbranchen ist eine Leitung durch Fachleute eine unbedingte Notwendigkeit.

Der zweite Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands warnt deshalb die Arbeiter aller Orte vor jeglichem Experiment auf einer anderen Grundlage als der alleinigen Leitung von Arbeitsnachweisen durch die Organisationen der Arbeiter. Der Arbeitsnachweis muß den Gewerkschaften angehören.

Faber-Berlin schließt sich den Ausführungen v. Elm's an und beleuchtet die Verhältnisse des jetzigen Stellenvermittlungswesens, das die Arbeiter ausbeute.

Störmer-Hamburg erörtert die Verhältnisse im Seemannsgewerbe und empfiehlt einen von Hoffmeyer gestellten Antrag, in welchem ein gesetzliches Verbot der Arbeitsvermittlung gegen Entgelt verlangt wird.

Weitere Redner treten für die Resolution Elm ein.

Hoffmeyer-Hamburg (Vertreter der Kleiner) beleuchtet die Verhältnisse der Stellenvermittlung im Kleingewerbe. Die 14 Stellenvermittler in Hamburg verdienen von den arbeitssuchenden Kleinhändlern 150 000 Mk. jährlich. Sie locken den jungen Kleiner aus der Provinz nach der Großstadt, nehmen ihm 20, 30, 40 Mk. ab und theilen den Rest mit den Gastwirthen; nicht direkt in barem Gelde, sondern so, daß sie bei den bestreudenden Wirthen mit guten Freunden hohe Zinsen machen. Ich will das "gesetzliche Verbot" aus meinem Antrag streichen, verlange aber eine Bekämpfung dieser Art Stellenvermittlung.

Leipart-Stuttgart beantragt, die Angelegenheit bis zum nächsten Kongreß zu vertagen.

Die Debatte wird geschlossen und v. Elm wendet sich gegen den Vertagungsantrag. Es habe sich gezeigt, daß eine Anzahl Gewerkschaften geneigt ist, im Frühjahr bürgerlicher Sozialreformer zu segeln. In den drei Jahren bis zum nächsten Kongreß könnte so viel Unheil geschehen, daß man es dann garnicht wieder gut machen könnte.

Odehnal-Möln berichtigt eine Aeußerung Elm's gegen den Arbeitsnachweis der Stadt Köln. Dieser Nachweis wirke sehr segensreich, namentlich für nicht gewerkschaftliche Arbeiter und Dienstknaben.

Der Antrag Leipart wird abgelehnt. Die Resolution v. Elm wird mit großer Majorität angenommen, ebenso der Antrag Hoffmeyer betreffend die private Stellenvermittlung gegen Entgelt.

Timm-Berlin referiert über den nächsten Punkt der Tagesordnung: "Hausindustrie und Schwibsystem". Er empfiehlt eine Resolution zur Annahme, die sich unter Hinweis auf die Verhältnisse in der Konfektionsindustrie und der Wäschekonfektion, in der Sattlerei, Ledergalanterieindustrie, der Tabakindustrie, in Holzbearbeitungsgewerben und der Lithographie gegen die rückständige Betriebsform der Hausindustrie und des Schwibsystems erklärt. Da vom Staat keine Hilfe zu erwarten ist, so erklärt der Gewerkschaftskongreß, daß die Arbeiter selbst alle Kraft einsetzen müssen dafür, daß an Stelle der Hausindustrie und des Schwibsystems geordnete, der Gewerbeordnung unterworfenere Betriebsverhältnisse unter Vermeidung des Zwischenmeisterstystems treten.

Nach kurzer Debatte wird die Resolution Timm einstimmig angenommen. Der Generalkommission wird die Aufgabe zugewiesen, Material über die Hausindustrie zu sammeln und dieses in geeigneter Weise zu veröffentlichen.

Es folgt der letzte Punkt der Tagesordnung: "Arbeitslosenunterstützung". Es wird beschlossen:

"Die Generalkommission soll mit den Gläubigern in Verbindung treten, ob sie nicht auf die gegebenen Darlehen im Interesse der Gewerkschaftsbewegung verzichten wollen."

"Dem Verband der Müller werden 1000 Mk. bewilligt."

"Den Gewerkschaften wird empfohlen, ihre Beiträge möglichst zu erhöhen."

Eine Anzahl Resolutionen, die Wünsche auf verstärkte Agitation bei den Müllern, Handwerkern, Ziegelfabrikanten etc. enthalten, wird der Generalkommission zur Erwägung und Befolgung überwiesen.

Ein Antrag, bei allen Umständen die Forderung auf Arbeitsruhe am 1. Mai zu stellen, wird abgelehnt. Ein Antrag auf Herausgabe einer Mainmarke wird ebenfalls abgelehnt.

Ueber eine Anzahl Anträge, die Statutenänderungen und Organisationsfragen betreffen, wird zur Tagesordnung übergegangen.

Mehrere Anträge, die sich auf die Verschmelzung der einzelnen Organisationen beziehen, werden durch das Organisationsstatut der Generalkommission für erledigt betrachtet. Damit ist der Kongreß am Ende seiner Arbeiten angelangt. Legien weist in seinem Schlußwort darauf hin, daß trotz mancher Differenzen schließlich doch Einigkeit erzielt worden sei, und schließt mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung, die Erringung besserer Arbeitsbedingungen und den Anbruch einer schöneren Zukunft.

Korrespondenzen.

Altona-Ottensen. In der am 27. Mai in Kluth's Lokale zu Ottensen tagenden Mitglieder-Versammlung erstattete Kollege Noos Bericht von dem Gewerkschaftskongress und betonte am Schluss seiner Ausführungen, daß auch die Beischlüsse dieses Kongresses dazu beitragen würden, die Gewerkschaftsbewegung zu fördern. Wüßte eines jeden Kollegen sei es, für unseren Verband zu agitieren. In der Debatte bedauerte Frau Beck die Annahme der von Frau Schäfer begründeten Resolution, während Frau Eiken ihre Zufriedenheit über die Annahme derselben ausdrückte. Die Frauen und Mädchen würden in einer besonderen Organisation doch nichts Nennenswerthes erreichen; ihr Anschluß an die Organisation der Arbeiter könne nur von Vortheil sein. Nachdem der Referent im gleichen Sinne sich geäußert, wurde zur Wahl des Delegierten zum Verbandstag geschritten und Kollege Noos gewählt. Sodann wurde die Abrechnung vorgenommen. Zu dem am Sonntag, den 28. Juni, im Großen Hottbeker Park stattfindenden Sommervergügen wurde ein Festkomitee aus 28 Personen bestehend gewählt. Darauf wurde ein Bericht über den Streik der Harburger Kollegen verlesen. Einen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung, die Aufhebung des Lokalgewerkschaftes, zu setzen, ward angenommen. Bei dem Vorstand soll Ausschluß der Streikbrecher beantragt werden. Nach einer kurzen Debatte über Freud und Leid der Hilfskassierer, wurde die Versammlung geschlossen.

Bergedorf. Unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung wurde am 16. Mai abgehalten. Zum 1. Punkt: „Stellungnahme zum Verbandstage“, beantragten die Bevollmächtigten, gegen die statutenwidrige (? D. N.) Zusammenstellung unserer Zahlstelle mit der Zahlstelle Wedel Protest beim Ausschuss zu erheben. Kollege Stille erläuterte, daß unsere Zahlstelle 337, die Zahlstelle Wedel 102 Mitglieder, beide Zahlstellen zusammen beinahe 439 Mitglieder hätten, während nach dem Statut nur Wahlkreise bis zu 400 Mitgliedern zulässig wären. Kollege Krismansky ist ebenfalls für den Antrag, welcher auch einstimmig angenommen wird. Kollege Krismansky stellte hierauf mehrere Anträge auf Statutenänderungen, über diese soll erst in nächster Versammlung abgestimmt werden. Als Delegierter zum Verbandstage ward Kollege Wilhelm Stille in Vorschlag gebracht. Vom Gewerkschaftskartell berichteten Gundlach und Krismansky. Ueber die vorhandenen Streiks gab Kollege Stille eine Uebersicht und ersuchte, die im Streik befindlichen Kollegen kräftig zu unterstützen. Kollege Brandt erstattete Bericht über das Sommervergügen und beantragte, dasselbe am 21. Juni stattfinden zu lassen; es entspann sich hierüber eine längere Debatte. Der Antrag der Kommission fand Annahme. Es wurde sodann ein Festkomitee von 15 Mann gewählt. Als Zeitungskorrespondent wählte man den Kollegen Kluths.

Eppendorf. Am Sonntag, den 17. Mai, hielten wir unsere regelmäßige Versammlung ab. Kollege Danielsen gab die Abrechnung vom letzten Quartal, welche für richtig befunden wurde. Darauf erstattete Kollege Jörs den Bericht vom Kartell. Hierbei kamen hauptsächlich die Streiks unserer Kollegen in Betracht und forderte Kollege Siek die Mitglieder auf, die streikenden Kollegen und Kolleginnen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. Sodann erstattete Kollege Siek im Auftrage des Kollegen Sparr die Abrechnung der Agitationskommission, dieselbe ergab einen Bestand von 50,23 Mk. Darauf wurden noch zwei Kollegen ins Festkomitee des bevorstehenden Festes gewählt. Dann wurde nochmals in Erwägung gezogen, daß die Kollegen aus Warmbed gleichfalls am 7. Juni eine Morgentour nach Gr. Borstel unternehmen, und forderte Kollege Siek die Mitglieder auf, sich auch hieran nach Kräften zu beteiligen. — Zum Schluss wurde noch stark gerügt, daß die Versammlungen immer schlechter besucht würden, und bat Kollege Siek die neu anwesenden Mitglieder, hieran keinen Anstoß zu nehmen, sondern die Versammlungen recht rege zu besuchen. Nachdem noch ein Antrag angenommen, laut welchem noch im Laufe dieses Monats eine öffentliche Versammlung stattfinden soll, trat Schluß der Versammlung ein.

Hamburg. Eine öffentliche Versammlung der Brauerei-Hilfsarbeiter von Hamburg-Altona und Umgegend tagte am 31. Mai bei Herrn Fid, Rosenstraße, Hamburg. Greiß theilte in dem einleitenden Referate mit, daß man von Seiten der Brauer mit Forderungen an die Brauereien herantreten sei, ohne hiervon die Hilfsarbeiter in Kenntniß zu setzen. Nur durch Zufall erhielt die Leitung des Fabrikarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Hamburg, hiervon Kenntniß. Danach zerfällt die Forderung in drei Theile. Der erste Theil verlangt Errichtung und Anerkennung eines Arbeitsnachweises, der zweite, daß diejenigen Arbeiter, welche Brauereiarbeit verrichten, einen Lohn von 27 Mk. erhalten, und der dritte, daß bei Beendigung der Mälzereikampagne Brauer und Arbeiter zu gleichen Theilen ausgestellt werden sollen. Auch die Gastwirthe wunderten sich, als ihnen mitgeteilt wurde, daß von alledem die Hilfsarbeiter nichts gewußt hätten. Staake führt an, daß vor längerer Zeit die im Flaschenkeller der Löwen-Brauerei beschäftigten Arbeiter eine Lohnforderung stellten und darauf vom Vorstand der Brauer, welcher deswegen doch bei der Direktion vorstellig geworden war, ihnen erklärt wurde, mit den Flaschenjungen wolle man nichts zu thun haben. Hüfmeier bemerkt sodann, daß die Brauer den Arbeitsnachweis für sich allein haben wollen. Recht und billig sei es, daß auch die Hilfsarbeiter hieran theilhaftig seien. Ein

Kollege bemerkt, daß die Brauer uns bisher immer über die Achsel angeschaut haben; nur wenn sie einmal etwas gesammelt hätten, dann wäre das Geld der Hilfsarbeiter gut genug gewesen. Tesch führt aus, daß die Brauer unsere Wohlthäter noch nie gewesen sind. Würden sich durch irgend welche Maßnahmen die Brauereien genöthigt sehen, die zweite Forderung der Brauer, wonach wir 27 Mk. Lohn erhalten sollen, anzunehmen, so hege er keinen Zweifel, daß wir bald auf der Straße lägen. Man könne es doch den Brauereien nicht verdenken, wenn der Lohn derselbe sei, sie nur Brauer beschäftigen würden. Und das ist schon lange der Wunsch der Brauer. Er beantrage, daß die heutige Versammlung sich mit den beiden letzten Forderungen der Brauer nicht einverstanden erklärt. Hüfmeier wendet sich gegen diese Ausführungen und gegen den Antrag von Tesch. Es würde im Gewerkschaftskartell einen sehr schlechten Eindruck machen, wenn von Seiten der Hilfsarbeiter, entgegen den Forderungen der Brauer, ein solcher Beschluß gefaßt würde. Er bedauert, daß sich zur heutigen Versammlung kein Brauer sehen lasse; eingeladen seien sie doch. Cordes beantragt, die Brauer sollten mit den Arbeitern gemeinsam unterhandeln. Liebcher will ebenfalls, daß wir mit den Brauereiern unterhandeln. Nachdem noch Hüfmeier die Anwesenden ersucht, auch wenn diese Angelegenheit erledigt sein sollte, trenn und fest zur Organisation zu halten und nicht, wie das sonst üblich sei, sich wieder von derselben zu wenden, wurde folgende Resolution von Liebcher mit großer Mehrheit angenommen: „Die heute, am 31. Mai, tagende öffentliche Versammlung der Brauerei-Hilfsarbeiter bedauert, daß die Brauer, ohne die Hilfsarbeiter befragt zu haben, Forderungen an die Brauereien gestellt haben, die tief in die Verhältnisse der Hilfsarbeiter einschneiden; ferner erklärt die Versammlung es für dringend notwendig, ein einheitliches Vorgehen von Brauereiern und Hilfsarbeitern herbeizuführen.“ Sodann wurde das Bureau der Versammlung beauftragt, eventuell die Verhandlungen mit den Brauereiern zu führen. Hierauf erfolgte Schluß der von den Hilfsarbeitern sämtlicher Brauereiern zahlreich besuchten Versammlung.

Ishoe. Am 30. Mai tagte bei M. Sah, Sandberg, unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Nachdem der 2. Bevollmächtigte, Genosse Stülken, die Abrechnung verlesen, hielt Genosse Noche zum 2. Punkt der Tagesordnung einen Vortrag über: „Christentum und Arbeiterbewegung“. Er stellte in einstündiger Rede die Forderungen des Christenthums und der Arbeiterbewegung gegenüber und wies nach, daß die Bestrebungen der letzteren die Menschheit zu einem wirklich glücklichen Zustand führen müssen. — Zum 3. Punkt der Tagesordnung wurde, nachdem eine Wahlkommission gewählt war, die Wahl eines Delegierten zum Verbandstage vollzogen. Von den 45 abgegebenen Stimmen erhielt Kollege Noche 36. Im Punkt „Verschiedenes“ theilte der Bevollmächtigte mit, daß auf Antrag der Bevollmächtigten der Vorstand ein Flugblatt in 3000 Exemplaren hat herstellen lassen, das sich vorzüglich mit den Arbeitsverhältnissen in Ishoe beschäftigt. Er ersuchte die Kollegen, die Verbreitung des Flugblattes in gehöriger Weise zu vollziehen, damit der agitatorische Zweck nicht verfehlt werde.

Kellinghusen. In der Versammlung vom 13. Mai legte der 2. Bevollmächtigte die Abrechnung vom 1. Quartal vor, dieselbe wurde für richtig befunden. Des Weiteren erstattete der Kartelldelegierte Kollege W. Siegner Bericht. Laut Bericht sind die Statuten für das Kartell ausgearbeitet und der Vorstand gewählt. Der Paragraph des Statuts, nach welchem jede Organisation nur einen Delegierten entsenden soll, wurde bemängelt, die Versammlung will die Delegation gemäß der Mitgliederzahl geregelt wissen. Der Beitrag ist pro Mitglied und Monat auf 5 Pfg. festgesetzt. Nachdem noch mitgeteilt, daß zur Ueberwachung des Herbergswesens eine Zentralkommission gewählt ist, wurde beantragt, einen Beschluß der vorigen Versammlung, demzufolge dem 2. Bevollmächtigten 40 Mk. pro Jahr, dem 1. und 3. Bevollmächtigten 30 Pfg. pro Versammlung bewilligt werden sollen, umzustößen. Mit großer Majorität stimmte die Versammlung dem Antrage zu und setzte die Vergütung für den 2. Bevollmächtigten auf 10 Mk. pro Jahr fest. An Stelle der Frau Schmidt, welche ihr Mandat als 2. Bevollmächtigte niederlegte, wurde Kollege Waage vorgeschlagen. Den streikenden Kollegen bei Gaiser u. Komp. wurden 20, den Mohr'schen Arbeitern 30 Mk. zur Unterstützung überwiesen. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Köln. Die am 18. Mai im Lokale des Herrn Imhoff tagende Versammlung nahm ein Referat des Kollegen Brandau-Hagen über „Die Parias der Gesellschaft“ entgegen. Der Redner schilderte die englische Gewerkschaftsbewegung, welche aus kleinen Anfängen, die den heftigsten Widerstand der Gegner zu gewärtigen hatten, zu der heutigen Achtung gebietenden Stellung sich emporgearbeitet habe. Redner schilderte die Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, welche die Arbeiter zwingen, die Schaffung starker Organisationen zur Wahrung der eigenen Interessen anzutreiben. Redner verbreitete sich ferner über die gegenwärtig schwebenden Streiks, bei welchen die Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer in herzerfrühender Offenheit zu Tage treten. Mit dem Rufe „Lasset uns sein einig Volk von Brüdern,“ schloß Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Zum 3. Punkte erhielt ein Herr Berg das Wort. Derselbe sprach in kräftigen Worten über: „Der Werth und die

Macht der Organisation“, und ver sprach den Anschluß der Provisionsreisenden an unseren Verband. Ferner will Redner nächstens die Firmen bekannt geben, welche die Arbeiter betrügen. Sodann nahm Kollege Schlich die Arbeiter in Schutz, welche sich ob ihrer schlechten Kleidung schämen, in unseren Versammlungen zu erscheinen. Verschiedene Kollegen sind aber der Ansicht, daß nicht nach den Kleidern, sondern nach den Handlungen der Werth eines Menschen zu schätzen sei. Die Zellerfassung ergab 2,65 Mk.

Köln. Die am 24. Mai im Lokale des Herrn Webus tagende Versammlung hatte eine persönliche Angelegenheit lokalen Charakters zu erledigen. Die Sache fand nach Annahme einer entsprechenden Resolution ihren Abschluß. Wegen des schwachen Besuches der Versammlung mußte der angekündigte Vortrag ausfallen, und wurde die Wahl eines Delegierten zum Verbandstage vorgenommen. Gewählt wurde Kollege Otten. Anträge, welche dem Verbandstage unterbreitet werden sollten, gelangten zur Annahme. An Stelle des ausstehenden Kollegen Wilden wurde Kollege Alleröder zum 2. Bevollmächtigten in Vorschlag gebracht. Im Antragstext fanden sich 1,31 Mk. für unsere streikenden Kollegen. Nach Entgegennahme einiger vom 1. Bevollmächtigten gemachten Mittheilungen wurde die Versammlung geschlossen.

Lüneburg. Am 31. Mai tagte hier eine öffentliche Versammlung, für welche Genosse Paerer aus Harburg das Referat über das Thema: „Die Lage der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen“ übernommen hatte und Folgendes ausführte: Wenn das Proletariat der ganzen Welt sich seiner Lage bewußt wäre, dann wären die traurigen Zustände, welche noch vorherrschen, längst zu besseren umgewandelt. Da das Proletariat aber von seiner Macht noch nicht den richtigen Gebrauch gemacht habe, müsse es sich vor der Macht der Besitzenden beugen. Seien die Forderungen des Proletariats denn so ungeheuerliche? Die Geld- und Magenfrage bedingen stets die wirtschaftlichen Kämpfe. Das Vordringen der Großindustrie, der überhandnehmende technische Fortschritt verdränge die menschliche Arbeitskraft und bedinge, daß wir niedrige Löhne erhalten. Durch die Natur und die Arbeit würden so viele Genuss- und Gebrauchsmittel erzeugt, daß kein Mensch Mangel zu leiden und zu darben brauche; damit allen Arbeitenden ihr gerechtes Antheil werde, müßten wir kämpfen durch die Organisation. Reicher Beifall wurde dem Redner für seine Ausführungen zu Theil. Eine Resolution, welche die Anwesenden verpflichtete, für die gewerkschaftliche Organisation einzutreten, wurde einstimmig angenommen. In der nun folgenden Pause ließen sich mehrere Personen in den Verband aufnehmen. Als Delegierter zum Kartell wurde Schnauer gewählt. In seinem Schlussworte forderte der Referent die Anwesenden mit kräftigen Worten auf, die Organisation und Solidariät zu beschließen. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Bekanntmachung.

Das Buch Nr. 05 154, auf den Namen Ch. Krepstedt, geboren am 17. Juni 1875 zu Duden, eingetreteten am 21. August 1895, wird hiermit für ungültig erklärt und ist zu beschlagnahmen.

Das Mitgliedsbuch Nr. 05 633 für Wilhelm Klein, geboren am 1. März 1839 in Wilkau, beigetreten am 28. August 1895 in Hildesheim, ist dem rechtmäßigen Eigentümer gestohlen worden, und wird von dem unrechtmäßigen Besitzer zur Hebung von Reiseunterstützung benutzt. Das Buch wird für ungültig erklärt und ist dem Vorzeiger abzunehmen.

Mit kollegialischem Gruß!

Aug. Brey.

Versammlungs-Kalender.

Altenburg, S. A. Reiseunterstützung wird vom Genossen Junger, Zwißauerstraße 29, Mittags von 12—1 Uhr, Abends von 7—8 Uhr ausgezahlt. Unser Versammlungs- und Herbergslokal befindet sich im Gasthaus „Zum deutschen Staifer“. Die Versammlungen finden alle 14 Tage statt. Nächste Versammlung ist am 20. Juni, Abends 7 1/2 Uhr. **Einbeck.** Nächste Versammlung Sonntag, den 21. Juni, im Lokale des Herrn Maier (früher Stoch's Biergarten). **Glückstadt.** Unsere Versammlungen finden jeden letzten Sonnabend im Lokale des Herrn Chr. Rinst, am Markt, statt.

Hamburg. Versammlung Mittwoch, den 24. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im Harmonia-Gesellschaftshaus, Hohe Bleichen. **Hildesheim.** Unsere nächste Mitglieder-Versammlung findet am Sonntag, den 12. Juli, Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wolff, Annenstraße, statt. — Die Reiseunterstützung wird im gleichen Lokale von 6—8 Uhr ausbezahlt.

Köln. Die Reiseunterstützung wird an den Wochentagen Mittags von 2—4 vom Kollegen Alleröder, Moselstraße 118 II., Sonntags von 4—5 Uhr im Lokale des Herrn Webus, Körnergasse 18, ausbezahlt.

Lägerdorf. Die nächste Versammlung findet Dienstag, den 7. Juli, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schleif statt. **Schöningen.** Die nächste Mitglieder-Versammlung findet am Sonntag, den 5. Juli, im Lokale des Herrn Stramer, „Zum Klosterkrug“, statt. Die Reiseunterstützung wird vom Kollegen Joh. Piesch, Waderstraße 6, ausbezahlt.

Wegen Raummangels sind in dem heutigen Versammlungs-Anzeiger nur einige Versammlungen veröffentlicht, bei welchen das Datum angegeben war. Die Red.

Adressen-Verzeichniß.

Darmstadt. Herr Bierhaller, Erbacherstraße 6. **Lauffen am Neckar.** D. Dillisch, „Gasthaus zum Adler“. **Müheim am Rhein.** Jakob Durr, „Stabbacherstr. 183 III“. **Nienburg.** Justus Klappert, Nordthorstr. 84/2. **Offenbach am Main.** Kaspar Spies, Geleitsstraße 34.

Abrechnung für das 1. Quartal 1896.

Einnahme.

Ausgabe.

Main table with columns for 'Zahlstellen', 'Einnahme', and 'Ausgabe'. It lists various locations and their respective financial contributions and expenditures for the first quarter of 1896.

Gesamt-Einnahme:

Summary table for total income (Gesamt-Einnahme) listing categories like 'Raffensbestand', 'Eintrittsgeld', 'Beiträge à 10 Pf.', etc., with their respective amounts in Mark.

Gesamt-Ausgabe:

Summary table for total expenditure (Gesamt-Ausgabe) listing categories like 'Reiseunterstützung', 'Lokalausgaben', 'Zurückhalten von den Zahlstellen', etc., with their respective amounts in Mark.

Summa 25 420,72 Mfr.

Summa 11 315,45 Mfr.

Gesamt-Einnahme 25 420,72 Mfr.
Gesamt-Ausgabe 11 315,45

Raffensbestand*): 14 105,27 Mfr.

Hannover, den 14. Juni 1896.

Aug. Brey, Vorsitzender.

J. Wilhelm, Kassirer.

August Niemeier, Ed. Vogt, August Cramer, Revisoren.

* Damit einige Kollegen sich nicht etwa trügerischen Hoffnungen hingeben, heben wir hervor, daß vorstehende Abrechnung für die Monate Januar, Februar und März ist und die Ausgaben für die inzwischen vorgekommenen Zeiträume nicht enthält, diese sind in dem laufenden Quartal in Abrechnung gesetzt. Die finanzielle Lage des Verbandes ist inzwischen eine andere geworden, als wie sie in obiger Abrechnung sich bietet, und es ist Ehrenpflicht aller Kollegen, das Mögliche zur Hebung der finanziellen Schwierigkeiten beizutragen. J. W.: Aug. Brey.